Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 20. September 2016**Anzahl und Dauer von Widerspruchsverfahren**

Gemäß § 68 Abs. 1 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) hat vor der Erhebung einer Anfechtungs- oder Verpflichtungsklage beim Verwaltungsgericht grundsätzlich ein Widerspruchsverfahren stattzufinden. Dies ist als sogenanntes Vorverfahren im Regelfall zwingende Voraussetzung für jeden, der sich auf dem Klageweg gegen einen Verwaltungsakt zur Wehr setzen will. Gleichzeitig stehen Widerspruchsverfahren grundsätzlich im Zwiespalt zwischen ihrer verwaltungsrechtlichen Dopplung der Prüfung einer bescheidenden Behörde und dem für viele Antragsteller wichtigen Rechtsschutz, der durch dieses außergerichtliche Vorverfahren gewährleistet wird.

Entsprechend § 68 Abs. 1 Satz 2 VwGO können Vorverfahren durch landesgesetzliche Regelungen als Prozessvoraussetzungen aufgehoben werden. In Bremen ist dies 2011 mit der Modernisierung des Gesetzes über die Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) geschehen. Nach dieser Regelung sind Widerspruchsverfahren für jene Rechtsgebiete notwendige Prozessvoraussetzung, die nicht von den in § 8 Abs. 1 sowie in § 8 Abs. 2 Satz 1 genannten Ausnahmen abgedeckt werden. Um sicherzustellen, dass es mit der Schaffung dieser Ausnahmeregelung nicht zu einer Verkürzung des Rechtsschutzes der Bürgerinnen und Bürger gekommen ist, sind die praktische Anwendung, der Nutzen und die Effizienz dieser Ausnahmen zu überprüfen. Gleichzeitig muss für jene Rechtsgebiete, für die das Vorverfahren als notwendige Prozessvoraussetzung weiterhin besteht, geprüft werden, ob diese tatsächlich einen Rechtsschutz für die Bremerinnen und Bremer bieten oder lediglich zu einer unnötigen Verfahrensverlängerung führen.

Wir fragen den Senat:

- I. Vorverfahren vor der Änderung des AGVwGO im Jahr 2011
 1. Wie viele Widerspruchsverfahren gab es jeweils in den letzten fünf Jahren vor der Änderung des AGVwGO im Jahr 2011 in den jeweiligen Rechtsgebieten, für die das Widerspruchsverfahren notwendige Prozessvoraussetzung war?
 2. Wie lange haben diese Vorverfahren jeweils in den letzten fünf Jahren vor der Änderung des AGVwGO in den jeweiligen Rechtsgebieten durchschnittlich gedauert?
 3. Wie vielen Widersprüchen wurde jeweils in den letzten fünf Jahren vor der Änderung des AGVwGO im Jahr 2011 in den jeweiligen Rechtsgebieten, für die das Widerspruchsverfahren bis dahin notwendige Prozessvoraussetzung war, abgeholfen?
 4. Wie hoch lag der Anteil der Klagen nach erfolglosem Widerspruchsverfahren jeweils in den letzten fünf Jahren vor der Änderung des AGVwGO im Jahr 2011 in den jeweiligen Rechtsgebieten, für die das Widerspruchsverfahren bis dahin notwendige Prozessvoraussetzung war?
- II. Vorverfahren nach der Änderung des AGVwGO im Jahr 2011
 5. Wie viele Widerspruchsverfahren gab es jeweils in den Jahren 2011 bis 2015 in den jeweiligen Rechtsgebieten, die nicht von der Ausnahme einer Nachprüfung in einem Vorverfahren vor Erhebung einer Anfechtungs- oder Verpflichtungsklage gemäß § 8 AGVwGO umfasst sind?

6. Wie lange haben die Vorverfahren in den jeweiligen Rechtsgebieten jeweils in den Jahren 2011 bis 2015 durchschnittlich gedauert?
7. Wie vielen Widersprüchen wurde in den jeweiligen Rechtsgebieten jeweils in den Jahren 2011 bis 2015 abgeholfen?
8. Wie hoch lag der Anteil an Klagen nach erfolglosem Widerspruchsverfahren in den jeweiligen Rechtsgebieten jeweils in den Jahren 2011 bis 2015?
9. In wie vielen Fällen waren die Kläger, aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Rechtsgebieten, jeweils in den Jahren 2011 bis 2015 erfolgreich?

Peter Zenner,
Lencke Steiner und Fraktion der FDP

D a z u

Antwort des Senats vom 15. November 2016

I. Vorverfahren vor der Änderung des AGVwGO im Jahr 2011

Vorbemerkung

Der Senat versteht die unter Ziffer I. gestellten Fragen dahingehend, dass sie sich auf Widerspruchsverfahren und Klagen in den Rechtsgebieten beziehen, in denen ein Widerspruchsverfahren bis Januar 2011 statthaft war und nun nach Artikel 8 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) vom 15. März 1960 (Brem.GBl. S. 25) in der Fassung des Gesetzes vom 1. Februar 2011 (Brem.GBl. S. 62) nicht mehr statthaft ist. Dies sind die folgenden Rechtsgebiete:

- Gewerberecht,
- Gaststättenrecht,
- Handwerksrecht,
- Landwirtschaftsrecht,
- Staatsangehörigkeitsrecht,
- Melderecht,
- Namensrecht,
- Pass- und Ausweisrecht,
- Versammlungsrecht,
- Fahrerlaubnisrecht,
- Naturschutzrecht,
- Recht der Zuwendungen nach dem Städtebauförderungsrecht.

Der Senator für Justiz und Verfassung hat die Praxis des Widerspruchsverfahrens in diesen Rechtsgebieten im Jahr 2010 eingehend empirisch untersucht. Untersuchungszeitraum waren die Jahre 2007 bis 2009. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden der Bürgerschaft (Landtag) am 7. Dezember 2010 gemeinsam mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung und weiterer Gesetze (Drs. 17/1574) übersandt. Dieser Entwurf mündete schließlich in das Gesetz vom 1. Februar 2011, durch das Artikel 8 AGVwGO neu gefasst und in Abs. 1 der Vorschrift das Vorverfahren in bestimmten Rechtsgebieten für unstatthaft erklärt wurde.

Für die Jahre 2006 und 2010 liegen Daten nicht vor und waren in der zur Verfügung stehenden Zeit auch nicht mit vertretbarem Aufwand zu ermitteln. Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, dass die Einbeziehung dieser beiden Jahre ein anderes Bild ergeben würde als die für die Jahre 2007 bis 2009 durchgeführte Untersuchung.

1. Wie viele Widerspruchsverfahren gab es jeweils in den letzten fünf Jahren vor der Änderung des AGVwGO im Jahr 2011 in den jeweiligen Rechtsgebieten, für die das Widerspruchsverfahren notwendige Prozessvoraussetzung war?

	2007	2008	2009
Gewerberecht	3	5	12
Gaststättenrecht	18	10	4
Handwerksrecht	0	1	0
Landwirtschaftsrecht	1)		
Staatsangehörigkeitsrecht	15	17	19
Melderecht	0	0	1
Namensrecht	3	4	3
Pass- und Ausweisrecht	0		
Versammlungsrecht ²⁾	0	0	1
Fahrerlaubnisrecht	139	166	152
Naturschutzrecht	10	8	2
Recht der Zuwendungen nach dem Städtebauförderungsrecht	3)		

2. Wie lange haben diese Vorverfahren jeweils in den letzten fünf Jahren vor der Änderung des AGVwGO in den jeweiligen Rechtsgebieten durchschnittlich gedauert?

Angabe in Monaten

	2007	2008	2009
Gewerberecht	Keine Angabe ⁴⁾		
Gaststättenrecht	Keine Angabe ⁴⁾		
Handwerksrecht	Keine Angabe ⁴⁾		
Landwirtschaftsrecht	(siehe Fn. 1)		
Staatsangehörigkeitsrecht	1 bis 3		
Melderecht	Keine Angabe ⁴⁾		
Namensrecht	1 – 3		
Pass- und Ausweisrecht	Entfällt, da im Untersuchungszeitraum keine Widersprüche erhoben wurden.		
Versammlungsrecht (siehe auch Frage 2)	Entfällt, da in diesem Jahr keine Widersprüche erhoben wurden.	Entfällt, da in diesem Jahr keine Widersprüche erhoben wurden.	1
Fahrerlaubnisrecht	Keine Angabe ⁴⁾		
Naturschutzrecht	3	3	3
Recht der Zuwendungen nach dem Städtebauförderungsrecht	(siehe Fn. 3)	(siehe Fn. 3)	(siehe Fn. 3)

¹⁾ Zum Landwirtschaftsrecht wurden aufgrund der sehr geringen quantitativen Relevanz des Rechtsgebiets keine gesonderten Daten erhoben. Die Abschaffung des Vorverfahrens diente der Harmonisierung mit dem niedersächsischen Recht, da die Aufgaben auf diesem Gebiet aufgrund eines Staatsvertrags zwischen den Ländern Niedersachsen und Bremen vom 13. Juni 2006 (Brem.GBl. S. 395 – 780-c-1) weitgehend von niedersächsischen Behörden auch für das Gebiet des Landes Bremen wahrgenommen werden.

²⁾ Im Versammlungsrecht spielen Widerspruch und Klage kaum eine Rolle, weil der Rechtsschutz in der Praxis vor allem im gerichtlichen Eilverfahren erfolgt.

³⁾ Für das Recht der Zuwendungen nach dem Städtebauförderungsrecht wurden keine gesonderten Daten erhoben. Die Abschaffung des Vorverfahrens erfolgte, weil das Vorverfahren nach Angaben der zuständigen Behörde ganz überwiegend nur zur Vervollständigung von Antragsunterlagen genutzt worden war und diese Funktion auch durch eine andere Kommunikationsstruktur im Ausgangsverfahren erfüllt werden kann.

⁴⁾ Hierzu konnten die zuständigen Ressorts Angaben nicht mit vertretbarem Ressourceneinsatz ermitteln.

3. Wie vielen Widersprüchen wurde jeweils in den letzten fünf Jahren vor der Änderung des AGVwGO im Jahr 2011 in den jeweiligen Rechtsgebieten, für die das Widerspruchsverfahren bis dahin notwendige Prozessvoraussetzung war, abgeholfen?

Vorbemerkung

Im Folgenden werden sowohl Fälle der vollumfänglichen als auch Fälle der teilweisen Abhilfe aufgeführt. „Abhilfe“ wurde dabei in einem untechnischen, weiteren Sinne als Erfüllung des Rechtsschutzbegehrens des Widerspruchsführenden verstanden – unabhängig von Form und handelnder Behörde. Im technischen Sinne wäre Abhilfe dagegen nur die Aufhebung der mit dem Widerspruch angefochtenen Entscheidung durch die Ausgangsbehörde in einem sogenannten Abhilfebescheid nach § 72 VwGO.

	2007	2008	2009
Gewerberecht	0		
Gaststättenrecht	0		
Handwerksrecht	0		
Landwirtschaftsrecht	(siehe Fn. 1)		
Staatsangehörigkeitsrecht	0		
Melderecht	0		
Namensrecht	0		
Pass- und Ausweisrecht	0		
Versammlungsrecht (siehe auch Frage 2)	0		
Fahrerlaubnisrecht	ca. 57 % ⁵⁾		
Naturschutzrecht	7	4	2
Recht der Zuwendungen nach dem Städtebauförderungsrecht	(siehe Fn. 3)		

4. Wie hoch lag der Anteil der Klagen nach erfolglosem Widerspruchsverfahren jeweils in den letzten fünf Jahren vor der Änderung des AGVwGO im Jahr 2011 in den jeweiligen Rechtsgebieten, für die das Widerspruchsverfahren bis dahin notwendige Prozessvoraussetzung war?

Vorbemerkung

Als „erfolglos“ werden im Folgenden jene Verfahren betrachtet, in denen der Widerspruch vollumfänglich zurückgewiesen wurde.

	2007	2008	2009
Gewerberecht	Eine Klage bei zwei vollumfänglich zurückgewiesenen Widersprüchen	Keine Klagen bei drei vollumfänglich zurückgewiesenen Widersprüchen	Zwei Klagen bei neun vollumfänglich zurückgewiesenen Widersprüchen
Gaststättenrecht	Fünf Klagen bei 19 vollumfänglich zurückgewiesenen Widersprüchen	Zwei Klagen bei neun vollumfänglich zurückgewiesenen Widersprüchen	Eine Klage bei vier vollumfänglich zurückgewiesenen Widersprüchen
Handwerksrecht	Keine Klagen bei keinem vollumfänglich zurückgewiesenen Widerspruch	Eine Klage bei einem vollumfänglich zurückgewiesenen Widerspruch	Keine Klagen bei keinem vollumfänglich zurückgewiesenen Widerspruch

⁵⁾ Die Abhilfe erfolgte ganz überwiegend durch die Ausgangsbehörde, weil sich nach Widerspruchseinlegung der Sachverhalt geändert hatte (z. B. infolge einer neuen medizinisch-psychologischen Untersuchung [MPU] oder der Teilnahme an Nachschulungen). In diesen Fällen hätten die Betroffenen ohne Nachteile auf den Weg einer Neubeantragung der Fahrerlaubnis verwiesen werden können. In den Fällen, die die Ausgangsbehörde der Widerspruchsbehörde vorgelegt hat, wurde nur zu ca. 1 % durch die Widerspruchsbehörde abgeholfen.

	2007	2008	2009
Landwirtschaftsrecht	(siehe Fn. 1)		
Staatsangehörigkeitsrecht	Sechs Klagen bei 15 vollumfänglich zurückgewiesenen Widersprüchen	Elf Klagen bei 17 vollumfänglich zurückgewiesenen Widersprüchen	14 Klagen bei 19 vollumfänglich zurückgewiesenen Widersprüchen
Melderecht	Keine Klagen bei keinem vollumfänglich zurückgewiesenen Widerspruch	Keine Klagen bei keinem vollumfänglich zurückgewiesenen Widerspruch	Keine Klagen bei einem vollumfänglich zurückgewiesenen Widerspruch
Namensrecht	Zwei Klagen bei drei vollumfänglich zurückgewiesenen Widersprüchen	Eine Klage bei vier vollumfänglich zurückgewiesenen Widersprüchen	Drei Klagen bei drei vollumfänglich zurückgewiesenen Widersprüchen
Pass- und Ausweisrecht	Keine Klagen bei keinem vollumfänglich zurückgewiesenen Widerspruch		
Versammlungsrecht (siehe auch Fn. 2)	Keine Klagen bei keinem vollumfänglich zurückgewiesenen Widerspruch	Keine Klagen bei keinem vollumfänglich zurückgewiesenen Widerspruch	Keine Klagen bei einem vollumfänglich zurückgewiesenen Widerspruch
Fahrerlaubnisrecht	Durchschnittliche Klagequote 2007 bis 2009: 29 %		
Naturschutzrecht	Keine Klagen bei drei vollumfänglich zurückgewiesenen Widersprüchen	Zwei Klagen bei vier vollumfänglich zurückgewiesenen Widersprüchen	Keine Klagen bei keinem vollumfänglich zurückgewiesenen Widerspruch
Recht der Zuwendungen nach dem Städtebauförderungsrecht	(siehe Fn. 3)		

II. Vorverfahren nach der Änderung des AGVwGO im Jahr 2011

Vorbemerkung

Die Zahlen unter II. beziehen sich nur auf Widerspruchsverfahren vor den Behörden des Landes und der Stadtgemeinde Bremen. Der Magistrat der Stadt Bremerhaven hat mitgeteilt, dass es für ihn wegen der dezentralen Widerspruchsbearbeitung nicht mit angemessenem Ressourceneinsatz leistbar sei, zur Beantwortung der Kleinen Anfrage beizutragen.

Aufgrund unterschiedlicher Datenlagen in den Ressorts können zum Teil nur Zahlen für den Gesamtzeitraum oder jährliche Durchschnittszahlen genannt werden.

5. Wie viele Widerspruchsverfahren gab es jeweils in den Jahren 2011 bis 2015 in den jeweiligen Rechtsgebieten, die nicht von der Ausnahme einer Nachprüfung in einem Vorverfahren vor Erhebung einer Anfechtungs- oder Verpflichtungsklage gemäß § 8 AGVwGO umfasst sind?

	2011	2012	2013	2014	2015
Recht der freien Berufe – Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	80	81	81	80	80
Gesundheitsberufe	Insgesamt 21				
Lebensmittelrecht	Insgesamt 13				
Tierschutz	Insgesamt 5				
Rechtsmedizin	Insgesamt 124				
Arbeits- und Mutterschutz	Insgesamt 22				
Krankenhausrecht	Insgesamt 5				
Eichrecht	Insgesamt 4				
Kulturförderung	Insgesamt 8				

	2011	2012	2013	2014	2015
Erste juristische Prüfung	20	20	16	11	18
Vorbereitungsdienst und Staatsprüfungen Bildung	Insgesamt 36				
Meisterprüfungen	Insgesamt 5				
BAföG	380	334	326	361	268
Schulrecht	97	165	204	201	191
Recht des öffentlichen Dienstes (allgemein)	Insgesamt 57 ⁶⁾				
Besoldung/Versorgung	Durchschnittlich 46 pro Jahr				
Versorgungsfestsetzung	Durchschnittlich 50 pro Jahr				
Beihilfe	Durchschnittlich 422 pro Jahr				
Freie Heilfürsorge	Durchschnittlich 41 pro Jahr				
Kinder- und Jugendhilferecht	76	91	70	102	210
Unterhaltsvorschussrecht	14	15	25	22	17
Obdachlosenpolizeirecht	0	0	2	1	7
Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht (einschließlich Verwaltungsgebühren)	111	115	118	108	136
Ausländerrecht	192	115	161	168	139
Schornsteinfegerrecht	0	0	0	8	7
Waffenrecht	3	7	10	201 ⁷⁾	186 ⁸⁾
Hundehaltung	4	4	13	12	6
Sondernutzungsgebühren	0	0	1	0	0
Statistik ⁹⁾	0	0	1	0	2
Assistenz in Schulen	Keine Angabe ⁴⁾			Schuljahr 2014/2015 43	Schuljahr 2015/2016 19
Verwaltungsgebühren Umwelt-, Bau- und Verkehrsrecht	1	9	1	4	13
Benutzungsgebühren Abfall	Durchschnittlich 268 pro Jahr				
Telekommunikationsrecht	0	0	0	1	0
Straßenverkehrsrecht	Durchschnittlich weniger als 2 pro Jahr				
Bauordnung/Städtebauförderung (einschließlich Recht der Außenwerbung)	148	145	190	196	139
Wohnraumförderung/Wohnungsbindung	Keine Angabe ⁴⁾	4	7	4	6
Energierrecht	27	17	21	16	2
Wasserecht/Entwässerungsrechtsrecht/Entwässerungsgebührenerstattung	Durchschnittlich 63 pro Jahr				

⁶⁾ Davon 51 im Jahr 2015 aus dem Ressort Senatorin für Kinder und Bildung; für die Jahre davor waren dort keine Zahlen ermittelbar.

⁷⁾ Davon 198 gegen die Gebühr für die Vor-Ort-Kontrolle; insoweit ist ein Musterverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht anhängig.

⁸⁾ Davon 168 gegen die Gebühr für die Vor-Ort-Kontrolle; insoweit ist ein Musterverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht anhängig.

⁹⁾ Ohne Zensus 2011, da dort kein Widerspruchsverfahren statthaft ist (vergleiche § 13 Zensusausführungsgesetz).

	2011	2012	2013	2014	2015
Bodenschutzrecht	3	3	3	0	2
Erschließungsbeiträge	Durchschnittlich 44 pro Jahr				
Kanalbaubeiträge	Durchschnittlich 10 pro Jahr				
Wohngeld	410	339	279	283	240
Zuwendungen Wirtschaft, Arbeit und Häfen	Insgesamt 16				
Hafenrecht (einschließlich Hafengebühren)	Insgesamt 15				
Informationsfreiheitsrecht	Insgesamt 4				

6. Wie lange haben die Vorverfahren in den jeweiligen Rechtsgebieten jeweils in den Jahren 2011 bis 2015 durchschnittlich gedauert?

Angabe in Monaten

	2011	2012	2013	2014	2015
Recht der freien Berufe – Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	< 1				
Gesundheitsberufe	3				
Lebensmittelrecht	2,5				
Tierschutz	3				
Rechtsmedizin	3				
Arbeits- und Mutterschutz	2,4				
Krankenhausrecht	3				
Eichrecht	3				
Kulturförderung	3,25				
Erste juristische Prüfung	2,5				
Vorbereitungsdienst und Staatsprüfungen Bildung	2				
Meisterprüfungen	4				
BAföG	2				
Schulrecht	3				
Recht des öffentlichen Dienstes (allgemein)	4				
Besoldung/Versorgung	4				
Versorgungsfestsetzung	1,5				
Beihilfe	3 bis 6				
Freie Heilfürsorge	3 bis 6				
Kinder- und Jugendhilferecht	Keine Angabe ⁴⁾				
Unterhaltsvorschussrecht	Keine Angabe ⁴⁾				
Obdachlosenpolizeirecht	—	—	Keine Angabe ⁴⁾		
Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht (einschließlich Verwaltungsgebühren)	< 3				
Ausländerrecht	Keine Angabe ¹⁰⁾				

¹⁰⁾ In der Regel werden die Widersprüche nach Eingang bei der Widerspruchsbehörde innerhalb weniger Wochen, unter Beachtung des § 75 VwGO, beschieden.

	2011	2012	2013	2014	2015
Schornsteinfegerrecht	—	—	—	Keine Angabe ⁴⁾	
Waffenrecht	Keine Angabe ⁴⁾				
Hundehaltung	Keine Angabe ⁴⁾				
Sondernutzungsgebühren	—	—	Keine Angabe ⁴⁾	—	—
Statistik ¹¹⁾	—	—	Keine Angabe ⁴⁾	—	Keine Angabe ⁴⁾
Assistenz in Schulen	Keine Angabe ⁴⁾				
Verwaltungsgebühren Umwelt-, Bau- und Verkehrsrecht	4	4	< 3	< 6	8
Benutzungsgebühren Abfall	Keine Angabe ⁴⁾				
Telekommunikationsrecht	—	—	—	4	—
Straßenverkehrsrecht	< 7				
Bauordnung/Städtebauförderung (einschließlich Recht der Außenwerbung)	8 ¹²⁾				
Wohnraumförderung/Wohnungsbindung	Keine Angabe ⁴⁾	2	2	4	2,5
Energierecht	1				
Wasserecht/Entwässerungsrechtsrecht/Entwässerungsgebührenerstattung	Keine Angabe ⁴⁾				
Bodenschutzrecht	Ca. sechs Monate, sofern Verfahren nicht ruhend gestellt.				
Erschließungsbeiträge	9				
Kanalbaubeiträge	Keine Angabe ⁴⁾				
Wohngeld	4				
Zuwendungen Wirtschaft, Arbeit und Häfen	6,5				
Hafenrecht (einschließlich Hafengebühren)	2				
Informationsfreiheitsrecht	1				

7. Wie vielen Widersprüchen wurde in den jeweiligen Rechtsgebieten jeweils in den Jahren 2011 bis 2015 abgeholfen?

Vorbemerkung

Zum hier zugrunde gelegten Begriff der „Abhilfe“ siehe die Vorbemerkung zu Frage I. 3.

	2011	2012	2013	2014	2015
Recht der freien Berufe – Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	Jährlich ca. 75				
Gesundheitsberufe	Insgesamt 0				
Lebensmittelrecht	Insgesamt 5				
Tierschutz	Insgesamt 0				
Rechtsmedizin	Insgesamt 3				
Arbeits- und Mutterschutz	Insgesamt 0				
Krankenhausrecht	Insgesamt 0				
Eichrecht	Insgesamt 0				

¹¹⁾ Ohne Zensus 2011, da dort kein Widerspruchsverfahren statthaft ist (vergleiche § 13 Zensusausführungsg).

¹²⁾ Bearbeitungsdauer bei der Widerspruchsbehörde.

	2011	2012	2013	2014	2015
Kulturförderung	Insgesamt 0				
Erste juristische Prüfung	4	3	3	2	2
Vorbereitungsdienst und Staatsprüfungen Bildung	Insgesamt 8				
Meisterprüfungen	Insgesamt 4				
BAföG	35	28	27	30	23
Schulrecht	17	30	15	29	24
Recht des öffentlichen Dienstes (allgemein)	7				
Besoldung/Versorgung	Insgesamt 7				
Versorgungsfestsetzung	Insgesamt 2				
Beihilfe	Insgesamt 136				
Freie Heilfürsorge	Insgesamt 10				
Kinder- und Jugendhilferecht	9	10	12	17	31
Unterhaltsvorschussrecht	1	5	0	8	2
Obdachlosenpolizeirecht	—	—	0	0	2
Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht (einschließlich Verwaltungsgebühren)	11	8	8	14	9
Ausländerrecht	30	14	19	18	5
Schornsteinfegerrecht	—	—	—	1	0
Waffenrecht	1	0	1	0	0
Hundehaltung	0	0	0	1	0
Sondernutzungsgebühren	—	—	0	—	—
Statistik ¹³⁾	—	—	0	—	0
Assistenz in Schulen	Keine Angabe ⁴⁾			Schuljahr 2014/2015 11	Schuljahr 2015/2016 1
Verwaltungsgebühren Umwelt-, Bau- und Verkehrsrecht	1	1	0	0	0
Benutzungsgebühren Abfall	Im Durchschnitt 250 pro Jahr				
Telekommunikationsrecht	0				
Straßenverkehrsrecht	Durchschnittlich < 1 pro Jahr				
Bauordnung/Städtebauförderung (einschließlich Recht der Außenwerbung)	11	12	6	8	7
Wohnraumförderung/Wohnungsbindung	Keine Angabe ⁴⁾	0	7	4	6
Energierrecht	22	9	13	14	2
Wasserecht/Entwässerungsortsrecht/Entwässerungsgebührenerstattung	Durchschnittlich 47 pro Jahr				
Bodenschutzrecht	1	1	2	0	1
Erschließungsbeiträge	Durchschnittlich 1 pro Jahr				

¹³⁾ Ohne Zensus 2011, da dort kein Widerspruchsverfahren statthaft ist (vergleiche § 13 Zensusausführungsg).

	2011	2012	2013	2014	2015
Kanalbaubeiträge	Durchschnittlich 8 pro Jahr				
Wohngeld	180	156	149	90	62
Zuwendungen Wirtschaft, Arbeit und Häfen	Insgesamt 15 ¹⁴⁾				
Hafenrecht (einschließlich Hafengebühren)	Insgesamt 13 ¹⁵⁾				
Informationsfreiheitsrecht	Insgesamt 2				

8. Wie hoch lag der Anteil an Klagen nach erfolglosem Widerspruchsverfahren in den jeweiligen Rechtsgebieten jeweils in den Jahren 2011 bis 2015?

Vorbemerkung

Differenzen zwischen der in Frage 6 angegebenen Anzahl der Widersprüche und der Summe der in Frage 7 und 8 angegebenen Anzahl der Stattgaben und Ablehnungen rühren daher, dass Widerspruchsverfahren auch in anderer Weise als durch Stattgabe oder Ablehnung enden können (z. B. durch Rücknahme oder Hauptsacheerledigung).

	2011	2012	2013	2014	2015
Recht der freien Berufe – Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	0	0	0	0	0
Gesundheitsberufe	Insgesamt 8 von 21				
Lebensmittelrecht	Insgesamt 1 von 8				
Tierschutz	Insgesamt 4 von 5				
Rechtsmedizin	Insgesamt 7 von 121				
Arbeits- und Mutterschutz	Insgesamt 4 von 18				
Krankenhausrecht	Insgesamt 2 von 5				
Eichrecht	Insgesamt 1 von 5				
Kulturförderung	Insgesamt 0 von 3				
Erste juristische Prüfung	8 von 16	6 von 17	6 von 13	4 von 9	8 von 16
Vorbereitungsdienst und Staatsprüfungen Bildung	Insgesamt 1 von 11				
Meisterprüfungen	Insgesamt 1 von 1				
BAföG	38 von 345	27 von 306	49 von 299	42 von 331	25 von 245
Schulrecht	27 von 68	39 von 97	32 von 116	35 von 110	24 von 104
Recht des öffentlichen Dienstes (allgemein)	Insgesamt 10 von 50				
Besoldung/Versorgung	Insgesamt 6 von 39				
Versorgungsfestsetzung	Insgesamt 8 von 48				
Beihilfe	Insgesamt 6 von 29				
Freie Heilfürsorge	Insgesamt 0 von 12				
Kinder- und Jugendhilferecht	Keine Angabe ⁴⁾				
Unterhaltsvorschussrecht	Keine Angabe ⁴⁾				
Obdachlosenpolizeirecht	—	—	Keine Angabe ⁴⁾		—

¹⁴⁾ Abhilfe zumeist, weil fehlende Unterlagen im Widerspruchsverfahren nachgereicht worden sind.

¹⁵⁾ Abhilfe zumeist, weil Widerspruchsführer im Widerspruchsverfahren Angaben korrigiert haben.

	2011	2012	2013	2014	2015
Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht (einschließlich Verwaltungsgebühren)	23 von 95	16 von 93	14 von 69	19 von 45	26 von 70
Ausländerrecht ¹⁶⁾	Keine Angabe ⁴⁾	Keine Angabe ⁴⁾	41 von 92	42 von 115	50 von 103
Schornsteinfegerrecht	—	—	—	0 von 7	0 von 7
Waffenrecht	0 von 2	5 von 7	3 von 9	2 von 8 ¹⁷⁾	3 von 18
Hundehaltung	1 von 4	2 von 4	3 von 13	8 von 11	3 von 6
Sondernutzungsgebühren	—	—	0 von 1	—	—
Statistik ¹⁸⁾	—	—	0	—	0
Assistenz in Schulen	Keine Angabe ⁴⁾			Schuljahr 2014/2015 0 von 32	Schuljahr 2015/2016 0 von 18
Verwaltungsgebühren Umwelt-, Bau- und Verkehrsrecht	—	—	—	0 von 2	—
Benutzungsgebühren Abfall	Keine Angabe ⁴⁾				
Telekommunikationsrecht	—	—	—	1 von 1	—
Straßenverkehrsrecht	Durchschnittlich < 1 von 1 pro Jahr				
Bauordnung/Städtebauförderung (einschließlich Recht der Außenwerbung)	59 von 137	28 von 133	34 von 184	44 von 188	42 von 132
Wohnraumförderung/Wohnungsbindung	Keine Angabe ⁴⁾	0 von 4	—	—	—
Energierrecht	0 von 5	0 von 8	0 von 8	0 von 2	—
Wasserecht/Entwässerungsortsrecht/Entwässerungsgebührenerstattung	Keine Angabe ⁴⁾				
Bodenschutzrecht	1 von 2	0 von 2	1 von 1	—	1 von 1
Erschließungsbeiträge	Durchschnittlich ca. 2 von 43 pro Jahr				
Kanalbaubeiträge	Keine Angabe ⁴⁾				
Wohngeld	15 von 230	3 von 183	15 von 130	4 von 193	3 von 178
Zuwendungen Wirtschaft, Arbeit und Häfen	1 von 1				
Hafenrecht (einschließlich Hafengebühren)	2 von 2				
Informationsfreiheitsrecht	1 von 2				

9. In wie vielen Fällen waren die Kläger, aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Rechtsgebieten, jeweils in den Jahren 2011 bis 2015 erfolgreich?

Vorbemerkung

Es ist nicht uneingeschränkt möglich, die nachfolgenden Zahlen zu erfolgreichen Klageverfahren in ein Verhältnis zu der unter Frage 8 angegebenen Anzahl der Klagen zu setzen. Denn einerseits sind im abgefragten Zeitraum auch Klagen aus früheren Jahren entschieden worden und andererseits sind noch nicht alle im abgefragten Zeitraum anhängig gemachten Klageverfahren beendet.

¹⁶⁾ Die Angaben beziehen sich nur auf Fälle, in denen die Ausländerbehörde Bremen den Ausgangsbescheid erlassen hatte. Für die Ausländerbehörde Bremerhaven konnten in der zur Verfügung stehenden Zeit keine Daten ermittelt werden.

¹⁷⁾ Zuzüglich neun „Musterverfahren“ bezüglich der Gebühren für die Vor-Ort-Kontrollen.

¹⁸⁾ Ohne Zensus 2011, da dort kein Widerspruchsverfahren statthaft ist (vergleiche § 13 Zensusausführungsg).

	2011	2012	2013	2014	2015
Recht der freien Berufe – Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	—				
Gesundheitsberufe	Insgesamt 1				
Lebensmittelrecht	Insgesamt 0				
Tierschutz	Noch anhängig				
Rechtsmedizin	Insgesamt 2				
Arbeits- und Mutterschutz	Insgesamt 0				
Krankenhausrecht	Noch anhängig				
Eichrecht	Insgesamt 1				
Kulturförderung	—				
Erste juristische Prüfung	1	0	1	0	0
Vorbereitungsdienst und Staatsprüfungen Bildung	Insgesamt 1				
Meisterprüfungen	Insgesamt 0				
BAföG	4	3	8	4	5
Schulrecht	4	9	9	5	11
Recht des öffentlichen Dienstes (allgemein)	Insgesamt 6				
Besoldung/Versorgung	Insgesamt 1				
Versorgungsfestsetzung	Insgesamt 1				
Beihilfe	Insgesamt 1				
Freie Heilfürsorge	—				
Kinder- und Jugendhilferecht	Keine Angabe ⁴⁾				
Unterhaltsvorschussrecht	Keine Angabe ⁴⁾				
Obdachlosenpolizeirecht	—	—	Keine Angabe ⁴⁾		
Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht (einschließlich Verwaltungsgebühren)	2	2	4	7	7
Ausländerrecht	Keine Angabe ⁴⁾				
Schornsteinfegerrecht	—				
Waffenrecht	—	0			
Hundehaltung	0				
Sondernutzungsgebühren	—				
Statistik ¹⁹⁾	—				
Assistenz in Schulen	Keine Angabe ⁴⁾			Schuljahr 2014/2015 0	Schuljahr 2015/2016 0
Verwaltungsgebühren Umwelt-, Bau- und Verkehrsrecht	—				
Benutzungsgebühren Abfall	Keine Angabe ⁴⁾				
Telekommunikationsrecht	—	—	—	Noch anhängig	—
Straßenverkehrsrecht	Insgesamt 0				

¹⁹⁾ Ohne Zensus 2011, da dort kein Widerspruchsverfahren statthaft ist (vergleiche § 13 Zensusausführungsg).

	2011	2012	2013	2014	2015
Bauordnung/Städtebauförderung (einschließlich Recht der Außenwerbung)	20	4	6	11	11
Wohnraumförderung/ Wohnungsbindung	Keine Angabe ⁴⁾	—			
Energierrecht	—				
Wasserrecht/Entwässerungs- ortsrecht/Entwässerungsge- bührenerstattung	Keine Angabe ⁴⁾				
Bodenschutzrecht	Noch anhängig	—	Noch anhängig	—	Noch anhängig
Erschließungsbeiträge	Insgesamt 0				
Kanalbaubeiträge	Keine Angabe ⁴⁾				
Wohngeld	3	0	3	0	0
Zuwendungen Wirtschaft, Arbeit und Häfen	Insgesamt 0				
Hafenrecht (einschließlich Hafengebühren)	Insgesamt 0				
Informationsfreiheit	Noch anhängig				